

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2021

Europa

Europäische Union

(5492) **Straßburg**. Das Europaparlament hat mit 378 zu 255 Stimmen bei 42 Enthaltungen eine Entschließung zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Frauen gebilligt, in der die EU-Staaten aufgefordert werden, Frauen sichere und legale Abtreibungen zu ermöglichen. Ein absolutes Verbot von Abtreibung oder die Verweigerung einer entsprechenden medizinischen Betreuung sei eine „Form von geschlechtsspezifischer Gewalt“, heißt es im sogenannten „Matić-Bericht“. Auch wenn einzelne Ärzte Schwangerschaftsabbrüche aus Gewissensgründen verweigern könnten, dürfe dies nicht den Zugang zu solchen Dienstleistungen beeinträchtigen. Der Vatikan und fundamentalistische Lebensschützer protestierten gegen die Entschließung, weil sie mit ihren religiösen Vorstellungen nicht vereinbar sei. (KNA, 25.6.21)

Dänemark

(5493) **Kopenhagen**. Die sozialdemokratische Regierung Dänemarks will noch heuer die Glaubensgemeinschaften zum Predigen auf Dänisch verpflichten; für die deutschsprachige Minderheit soll es eine Ausnahmeregelung geben. Nur wenn das nicht möglich sei, sollen die Gemeinden den Behörden eine Übersetzung ihrer Predigten vorlegen.

Das Gesetz richtet sich gegen islamistische Gruppen, doch werden Zweifel laut. "Jemand, der tatsächlich in einer Minderheitensprache zu Hass und Gewalt aufruft, würde dies wohl kaum in seine eigene Übersetzung schreiben, damit ihn der Staat dann belangen kann", erklärte ein deutschsprachiger Pastor.

Die Debatte um das Predigtübersetzungsgesetz wird seit dem Wahlkampf 2019 geführt, in dem sich die Parteien mit Vorschlägen zu einer restriktiven Migrations- und Integrationspolitik zu überbieten suchten. Diese harte Haltung ist Konsens bei linken wie rechten dänischen Parteien und wird auch von den regierenden Sozialdemokraten vertreten. Viele Muslimas und Muslime, die teilweise seit Jahrzehnten in Dänemark gut integriert sind, fühlen sich jedoch diskriminiert. (Humanistischer Pressedienst, 3.9.21)

Deutschland

(5494) **Berlin**. Um die Aktivitäten von Islamisten in Deutschland stärker zu kontrollieren, fordern Innenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Moscheeregister. Schon 2019 war kritisiert worden, dass es über die Zahl der Moscheen in Deutschland keinerlei statistische Unterlagen, sondern nur vage Schätzungen gibt.

Zudem möchte diese Gruppe die Kompetenzen des Verfassungsschutzes im Bereich Islamismus erweitern, um eine mögliche Beeinflussung von Moscheegemeinden über finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland besser aufklären zu können. "Es geht nicht darum, eine Auslandsfinanzierung komplett zu unterbinden", sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion. Nötig sei aber "Transparenz, um mögliche Beeinflussungen zu erkennen". Die Arbeitsgemeinschaft will das Positionspapier demnächst in der Fraktion zur Debatte stellen. (ARD, 31.1.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Die statistische Erfassung von Moscheen ist nicht das Problem. Bei christlichen Kirchen ist dies seit langem eine Selbstverständlichkeit. Bei der Rolle des Verfassungsschutzes wird hingegen das Pferd von hinten aufgezäumt: Zuerst muss geklärt werden, wann religiöse Gruppen (und nicht nur islamische!) das Grundgesetz und die Allgemeinen Menschenrechte missachten oder gar verletzen. Erst dann ist zu entscheiden, ob eine Tätigkeit des Verfassungsschutzes in Frage kommt.

(5495) **Berlin**. Der Grundstein des Drei-Religionen-Hauses, das auf Wunsch der Kirchen sowie jüdischer und islamischer Organisationen bis 2025 fertiggestellt sein soll, wurde am 27. Mai gelegt. Darin werden eine Kirche, eine Synagoge und eine Moschee Platz finden. Für Diskussionen sorgt die Finanzierung: Von den bisher veranschlagten 43,5 Millionen Euro soll der Bund mindestens 20 und das Land Berlin 10 Millionen tragen, für den Rest sind Spenden eingeplant. Von einer Beteiligung religiöser Organisationen wurde bisher nichts bekannt. Da mit Kostensteigerungen gerechnet wird, hat sich die öffentliche Hand zu einer weitergehenden Beteiligung bereit erklärt. (*Deutsche Welle*, 27.5.21, *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.21)

(5496) **Bamberg**. Auch katholisch geprägte Jugendliche engagieren sich immer weniger für kirchliche Aufgaben. Die Erzdiözese Bamberg teilte mit, dass die Zahl der Ministranten binnen fünf Jahren um rund 20 Prozent zurückging, bei den jungen Jahrgängen unter 13 Jahren sogar um 30 Prozent. Als Gründe wurden neben der geringeren Zahl von getauften Kindern der nachlassende Kontakt zu den örtlichen Priestern genannt, die oft mehrere Pfarreien zu betreuen haben. Dass auch die Angst vor Kinderschändern im Pfarrhaus eine Rolle gespielt haben könnte, blieb unerwähnt. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 4.7.21)

(5497) **Allensbach/Heidelberg**. Die Mitglieder der katholischen Kirche verlieren in immer größerer Zahl nicht nur das Vertrauen in die Kirche, sondern auch in den christlichen Glauben. Immerhin 26 Prozent glauben nicht an Gott, fast die Hälfte nicht an ein Leben nach dem Tod. Dies ergab der vierte "Trendmonitor", durchgeführt vom Demoskopie-Institut Allensbach und dem Heidelberger Sinus-Institut im Auftrag der katholischen *Medien-Dienstleistung GmbH* (MDG), basiert auf der repräsentativen Befragung von 1690 Katholischen ab 14 Jahren. Zwei von fünf dachten bereits an Kirchenaustritt, bei den 18- bis 29-Jährigen sogar mehr als die Hälfte. Als moralische Instanz wird die Kirche von einer deutlichen Mehrheit der eigenen Mitglieder nicht mehr akzeptiert. (*Augsburger Allgemeine*, 8.7.21)

Anm. *MIZ*-Red.: Der evangelischen Kirche geht es nicht besser. Sie gilt zwar als weniger rückständig, aber 2019 bezeichnete sich dort sogar ein volles Drittel der Mitglieder als gar nicht gottgläubig (vgl. *MIZ* 3/19, Meldung 5169). Dabei bleibt offen, wieviele vom Rest überhaupt ein *christliches* Gottesbild mit einem persönlichen Gott haben.

(5498) **Aachen**. Der Aachener Weihbischof Johannes Bündgens hat wegen Veruntreuung von 128.000 Euro eine Freiheitsstrafe von neun Monaten auf Bewährung erhalten. Zudem muss der 65-Jährige, der auch Bischofsvikar für die Caritas ist, eine Geldbuße von 5.000 Euro zahlen. Eine offensichtlich demente und mittlerweile verstorbene Frau hatte dem Weihbischof eine Vollmacht für ihr Konto erteilt. Bündgens überwies ihr Geld in mehreren Tranchen auf sein Privatkonto. Dies fiel einem Betreuer auf, der später für die Frau eingesetzt wurde. Der Weihbischof behauptete im daraufhin eingeleiteten Verfahren, er habe der Frau als Gegenleistung für das Geld ein lebenslanges Wohnrecht in einer Immobilie in Aachen eingeräumt, die er für 600.000 Euro erworben hatte. Im Grundbuch war dies jedoch nicht vermerkt worden, angeblich weil sich der

Gesundheitszustand der Frau rapide verschlechtert habe. (Dann war allerdings das Wohnrecht der Dame auch nicht viel wert, Anm. MIZ-Red.)

Aachens Bischof Dieser hatte sich anfangs „schockiert“ über die Vorwürfe geäußert und drang auf vollständige Aufklärung. Inzwischen wurde von einem innerkirchlichen Disziplinarverfahren jedoch nichts mehr bekannt. (KNA, 13.7.21)

(5499) **Köln.** Ab Dezember 2021 sollen säkulare Vereinigungen nicht mehr (durch Ingrid Matthäus-Maier) im Rundfunkrat des WDR vertreten sein, dafür aber eine Organisation mit Verbindungen ins rechtskatholische Milieu. Der *Verband kinderreicher Familien in Deutschland* (KRFD), dessen Erziehungsziele denen der evangelikalen "besorgten Eltern" ähneln, ist wegen einiger erzkonservativer Repräsentanten ins öffentliche Interesse gerückt. Am bekanntesten ist der als homophob eingestufte Sozialwissenschaftler Manfred Spieker, laut *Spiegel* Mitglied des *Opus Dei*. Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, der einst auf einem AfD-Bundesparteitag auftrat, gibt inzwischen an, er habe seine Mitgliedschaft dort beendet.

KRFD-Vorsitzende Müller gibt unumwunden zu, "wir wurden ermuntert uns (um den Sitz im WDR-Rundfunkrat) zu bewerben" - und zwar aus der CDU-Landtagsfraktion in NRW. Auch der Staatskanzlei-Chef Nathanael Liminski, Sohn des *Opus-Dei*-Journalisten Jürgen Liminski, hat sich mit dem Verband getroffen. (*Süddeutsche Zeitung*, 16.7.21)

(5500) **Eichstätt.** Ausgerechnet die Katholische Universität Eichstätt bildet künftig Lehrer aus, die Ethik als Hauptfach studieren und später in Kombination mit Deutsch, Englisch, Latein oder Mathematik unterrichten. Bisher war das Fach nur als Zusatz zu zwei anderen Fächern wählbar. Diese Aufwertung von Ethik wurde unausweichlich, nachdem ein Drittel der bayerischen Schüler dieses Fach wählt - mit steigender Tendenz, wie es im Ministerium heißt. Immerhin können in Eichstätt auch Konfessionslose studieren, teilweise ist sogar bei Dozentenstellen eine Konfessionszugehörigkeit nicht erforderlich. Allerdings trägt der Staat auch 85 Prozent der Kosten. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 25.7.21)

Anm. MIZ-Red.: Säkulare Verbände sowie der säkulare Arbeitskreis der Grünen fordern ohnehin ein flächendeckendes Pflichtfach Ethik für alle. Wer darüber hinaus einen religiösen Unterweisung wünscht, soll einen zusätzlichen Wahlunterricht besuchen können.

(5501) **München.** Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) kritisiert das CSU-Bundestagswahlprogramm, weil es generell vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr ermöglichen will. Im Unterschied zur bisherigen Regelung sollen diese "nicht mehr von Märkten, Messen und Veranstaltungen abhängig sein". Laut KAB würden sich damit die Sonntagsöffnungen vervielfachen. Kirchliche Kreise in der CSU äußerten ebenfalls Bedenken gegen die Auflösung des Sonntagsschutzes, doch sind sie offenbar parteiintern in der Minderheit. (*Süddeutsche Zeitung*, 4.u.5.8.21)

Anm. MIZ-Red.:

1. Wer die CSU aus der Nähe verfolgt, weiß schon lange, dass diese Partei sich nur in dem Maße als christlich darstellt, wie das ihren Machtinteressen nicht schadet. Schon 2015 riet ihr ein CDU-Berater, sich rechtzeitig in "Bayerische Soziale Union" umzubenennen, da eine betont christliche Ausrichtung auch in Bayern Stimmen kosten könne, zumal dort die Abwendung von den Kirchen seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegt.

2. Es gibt soziale und familiäre Argumente für geschlossene Geschäfte am Sonntag, aber keine religiösen. Nur vier Prozent gehen sonntags in die Kirche, und auch da

nur in einem engen Zeitfenster am Vormittag. Dass sich alle anderen nach den Religiösen richten sollen, stammt aus einer Zeit, in der die Kirchen ganz selbstverständlich die Moral für alle vorgegeben haben. Diese Zeiten sind vorbei, eine Änderung des Grundgesetzes ist hier überfällig - wie in so vielen Bereichen des Staat-Kirche-Verhältnisses.

(5502) **Münster.** Bekenntnisschulen in NRW dürfen weiterhin Kinder vorrangig aufnehmen, die ihrer Kirche angehören. Diese Bevorzugung sei mit dem Grundgesetz vereinbar, entschied das Oberverwaltungsgericht in Münster. Eltern eines Grundschülers aus Datteln hatten vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen beantragt, das Land zur vorläufigen Aufnahme in eine katholische Bekenntnisschule verpflichten. Der Schulweg des Jungen zu zwei anderen Grundschulen sei erschwert und gefährlich. Der Antrag blieb jedoch erfolglos, die anschließende Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht wurde nun abgewiesen. Der Vorrang von kirchenangehörigen Kindern sei in der Landesverfassung verankert. Dies verstoße nicht gegen das Verbot von Benachteiligung wegen des Glaubens, das im Grundgesetz festgeschrieben ist. „Die Bevorzugung der Bekenntnisangehörigen ist gerechtfertigt, weil das Grundgesetz von der Zulässigkeit öffentlicher Bekenntnisschulen ausgeht“, so das Gericht. Bekenntnisschulen sind Schulen in staatlicher Trägerschaft, die zu 100 Prozent aus Steuermitteln auch der Konfessionsfreien und Andersgläubigen finanziert werden. Sie wurden nach dem Krieg nach damaligen religiösen Proportionen eingerichtet. Heute gibt es sie nur noch in NRW und in Niedersachsen. In NRW setzt sich die Initiative „Kurze Beine - kurze Wege“ von Eltern und Lehrkräften dafür ein, dass Bekenntnisschulen gänzlich abgeschafft werden. Ihr zufolge sind etwa 30 Prozent der 2.713 öffentlichen Grundschulen in NRW staatliche Bekenntnisschulen - 90 Prozent davon katholisch. 2015 hatte die rot-grüne Landesregierung die Hürden für eine Umwandlung von Bekenntnisgrundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen gesenkt. Demnach braucht es die Stimmen der Hälfte der Eltern, um eine Schule umzuwandeln. Zuvor mussten zwei Drittel dafür votieren. (KNA, 5.8.21)

(5503) **München.** Die Opfer von sexualisierter Gewalt in der Kirche haben sich erstmals direkt an die Politik gewandt und eine staatliche Aufsicht über das kirchliche Verfahren zur Zahlung von Entschädigungen verlangt. Dieses Verfahren sei intransparent und bleibe deutlich hinter den Versprechungen der Bischöfe zurück, die sich an den Summen staatlicher Gerichte orientieren wollten, was bis zu 50.000 Euro bedeuten würde. Tatsächlich bewillige die von den Bischöfen eingesetzte Kommission aber nur einen Bruchteil; die sehr unterschiedlichen Zahlungen seien für die Betroffenen nicht nachvollziehbar. Das Eingreifen des Staates sei aber auch grundsätzlich nötig, denn die katholische Kirche habe als Körperschaft des öffentlichen Rechts jahrelang nicht die von ihr verlangte Gewähr geboten, das geltende staatliche Recht zu beachten. "Das systematische Hinwegschauen durch Kirche und Politik unter Missachtung des Grundgesetzes und des Kanonischen Rechts" begründe eine hohe Schuld gegenüber "uns ehemaligen Kindern." (Süddeutsche Zeitung, 11.8.21)

(5504) **Berlin.** Der AfD-Bundestagsabgeordnete Waldemar Herdt baut mit offensichtlicher Unterstützung seiner Partei ein weltweites Netzwerk aus fundamentalistischen Christen auf, die vor allem Homosexuelle bekämpfen und Gesetze ändern wollen, die sich auf Druck von Nichtgläubigen zum Schlechten hin verändert hätten, wie Herdt im Interview mit dem ARD-Politikmagazin *Kontraste* und der *taz* ausführte.

Herd, selbst Russlanddeutscher, stellte seine Pläne erstmals 2019 im russischen Parlamentsfernsehen vor, wenige Monate später gründete die AfD im Bundestag eine sogenannte "Interparlamentarische Menschenrechtskommission" (IPMK). Laut der Fraktion soll sich das Gremium für "christlich-konservative Werte" einsetzen. Zum Sprecher wählte es Herdt, der klarstellt, für ihn bedeuteten Menschenrechte vor allem drei Dinge: Recht auf Leben, Recht auf Arbeit, Recht auf Glauben. Das *Deutsche Institut für Menschenrechte* kam in einer Studie hingegen zu dem Ergebnis, dass die AfD aus menschenrechtstheoretischer Sicht Positionen vertrete, die "nicht auf dem Boden des Grundgesetzes" stehen.

Gemeinsame Recherchen von *Kontraste* und der *taz* deckten überdies auf, dass die AfD mit eben jener IPMK offizielle Strukturen schaffte für ein Netzwerk, das Herdt zuvor über Jahre aufgebaut hatte. Viele seiner Kontaktpersonen sind als Geistliche tätig, auch er trat früher als Prediger auf. Herdt ist Mitglied der *Lebensquelle*, einer russlanddeutschen Pfingstgemeinde in Osnabrück, die die Bibel wörtlich auslegt. Den Angaben der Tagesschau zufolge glauben Anhänger der *Lebensquelle*, dass es Dämonen gibt und Homosexuelle von solchen befallen sind.

Diesem Netzwerk der AfD, der IPMK, seien Parlamentarier und Experten aus 30 Ländern beigetreten. Namen wollte Herdt auf Nachfrage nicht verraten, doch fanden Journalisten heraus, dass auch Abgeordnete der Duma beteiligt waren, außerdem Sam Brownback, ehemals Sonderbotschafter für Religionsfreiheit der USA unter der Trump-Regierung und lautstarker Gegner von LGBT-Rechten. Diesen März reiste Herdt nach Brasilien und traf unter anderem das hochrangige Regierungsmitglied Marco Feliciano. Der gilt als wichtigstes Bindeglied zwischen Freikirchen und der Politik und fiel mehrfach durch rassistische und homofeindliche Äußerungen auf. Im Nationalkongress Brasiliens haben strenggläubige Abgeordnete großen Einfluss, die evangelikale Elite des Landes sucht die Nähe zur neuen Rechten, vor allem zu Präsident Bolsonaro.

Enge Verbindungen unterhält Herdt auch zu dem lettischen Prediger Alexey Ledyayev, dem Kopf der *Watchmen on the Wall*. Hauptzweck dieser evangelikalen Gruppe ist der Kampf gegen Homosexualität. Ledyayev gründete die "Watchmen" zusammen mit dem US-Pastor Scott Lively, der schon in den 1990er-Jahren ein Buch schrieb, in dem er Zusammenhänge zwischen Homosexualität und den Verbrechen der Nationalsozialisten konstruierte. Mit ihm zusammen trat Herdt bereits 2018 bei einer Veranstaltung der "Watchmen" auf. (*Kontraste*, 19.8.21; *Taz*, 20.8.21; *Tagesschau*, 21.8.21)

(5504a) **Mannheim.** Bei der Bundestagswahl 2021 konnten sich die beiden großen Parteien vor allem auf die Kirchenmitglieder stützen. Die SPD, die insgesamt auf 25,7 % kam, erreichte bei Protestanten 30 und bei Katholiken - ebenso wie bei Konfessionsfreien - 23 % der Stimmen. Katholiken wählten zu 35 % die CDU/CSU, Protestanten zu 24. Dass die Union insgesamt dennoch nur auf 24,1 % kam, lag an den nur 15 % aus dem Lager der Konfessionsfreien. Diese bevorzugten überdurchschnittlich die Grünen mit 18 % (rk 13, ev 15, insgesamt 14,8 %) sowie die Linke mit 8 % (rk und ev. je 4, insgesamt 4,9). Die FDP (rk und ev. je 11, oK 12 %) war überall etwa gleich stark vertreten. Die AfD ist ein Sonderfall: In Westdeutschland, wo sie nur 8,2 % erreichte, wurde sie von Christen sogar etwas häufiger gewählt als von Nichtchristen. Ihr Stimmenanteil im Osten war mit 19,1 % deutlich höher. Da dort mehr als drei Viertel keiner der beiden großen Kirchen angehören, erhielt sie aus dieser Gruppe mehr Stimmen als von Kirchenmitgliedern. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass Freikirchen, evangelikale, charismatisch-fundamentalistische und ähnliche christliche Gruppen der AfD besonders stark

zuneigen, gleichzeitig aber den nominell Konfessionslosen zugeordnet werden. (Mitteilung der *Forschungsgruppe Wahlen* auf Basis einer Befragung von 41.373 Wählerinnen und Wählern am Wahltag; KNA, 27.9.21)

Anm. MIZ-Red.: Da über 40 Prozent der Wahlberechtigten konfessionslos sind, müssen auffallend viele von ihnen entweder gar nicht oder aber Splittergruppen gewählt haben. Andererseits ist seit langem bekannt, dass gerade diese Gruppe politisch besonders interessiert ist, sodass die Wahlverweigerung hier nicht auf Desinteresse, sondern auf Unzufriedenheit mit allen Parteien zurückzuführen ist.

Frankreich

(5505) **Paris.** Die Beziehungen zwischen französischem Staat und katholischer Kirche haben sich deutlich verschlechtert. Das liegt vor allem am neuen Bioethik-Gesetz, das die Pariser Nationalversammlung Ende Juni verabschiedet hat. Künftig dürfen sich auch Single-Frauen und lesbische Paare ihren Kinderwunsch durch künstliche Befruchtung erfüllen, was die Kasse zahlt. Überdies wird die Embryonen- und Stammzellforschung liberalisiert.

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof de Moulins-Beaufort, sieht darin den "Triumph einer (säkularen) Ideologie": „Da wird den Menschen versprochen, dass sie ihren Schmerz überwinden und ein Kind bekommen können. Aber in Wirklichkeit wird hier die Zeugung von Kindern von der körperlichen Vereinigung von Mann und Frau weiter abgekoppelt. Dabei glauben wir, dass der würdige Ort für die Entstehung menschlichen Lebens die körperliche Vereinigung eines Mannes und einer Frau ist, die sich einander hingeben und sich für das ganze Leben aufeinander einlassen.“ Diesen Einwänden begegnete die Parlamentsmehrheit jedoch mit dem Argument, dass nichtreligiöse Menschen das Recht auf eine andere Lebensgestaltung hätten, als es die Kirche vorsieht.

Auch mit einem weiteren, großen Gesetzespaket der Nationalversammlung sind die Bischöfe unzufrieden. Mit dem „Gesetz zur Stärkung republikanischer Prinzipien“ will das laizistische Frankreich den radikalen Islam in Schach halten. Religiöse Verbände sollen sich künftig ausdrücklich zu den Werten der Republik bekennen müssen.

Damit hat die katholische Kirche offenbar ein Problem. Die Bischofskonferenz sei „betrübt und beunruhigt über diesen Wandel in der Philosophie“, der nicht nur islamische, sondern auch katholische Verbände trifft: Deren Übereinstimmung mit der Verfassung und den Menschenrechten darf künftig genauer unter die Lupe genommen werden.

Zwar räumte der Erzbischof von Reims ein, dass bei diesem Gesetz die Bischöfe von Anfang an konsultiert wurden und "in der Lage waren, Kommentare abzugeben, und viele unserer anfänglichen Anmerkungen sind berücksichtigt worden". Aber am Inhalt des Gesetzes habe die Regierung leider festgehalten. (*Vatican News*, 12.7.21)

(5506) **Vatikanstadt.** „Unsere Mitmenschen interessieren sich heute nicht mehr sehr für uns“, stellte der Erzbischof von Toulouse beim Pflichtbesuch in der katholischen Zentrale selbstkritisch fest. Bezugnehmend auf eine biblische Geschichte meinte er: „Wir haben die ganze Nacht unsere Netze ausgeworfen und nichts gefangen“. Dennoch ermunterte er seine Bischofskollegen, trotz frustrierender Glaubenskrise „die Netze dennoch weiter auszuwerfen“. (*La Croix*, 5.9.21; KNA, 7.9.21)

Anm. MIZ-Red.: Der Kirchenfürst braucht keine Selbstkritik zu üben. Seine Menschenfischer sind gewiss so eifrig wie früher, aber die Fische sind klüger geworden. Die Vorstellung vom Menschen als "Krone der Schöpfung", der von einem (angeblichen) Erschaffer des Universums auf Schritt und Tritt beachtet wird,

widerspricht zu offensichtlich der heutigen Kenntnis von der Winzigkeit des Menschen angesichts der unfassbaren Größe des Universums. Unser Sonnensystem samt Planeten ist im Verhältnis zum Universum deutlich kleiner als ein Sandkorn im Verhältnis zur Sahara.

Georgien

(5507) **Straßburg/Tiflis.** Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass auch in Georgien Kondome mit religiös angelehnten Motiven auf der Verpackung verkauft werden dürfen. Die einflussreiche orthodoxe Kirche hatte in Tiflis ein gerichtliches Verbot erreicht, weil die Zarin Tamara, eine Heilige in der georgisch-orthodoxen Kirche, darauf abgebildet war. Die *Demokratische Initiative Georgiens* bezeichnete das Urteil als Sieg für die Meinungsfreiheit, die in Georgien ohnehin bedroht sei. (*Netgazeti*, 23.7.21; *Süddeutsche Zeitung*, 24.7.21)

Großbritannien

(5508) **Belfast.** Die Zahl der Religionsfreien in Nordirland ist 2020 weiter gestiegen. Laut Erhebungen des *Northern Ireland Life and Times*-Instituts stieg ihr Anteil zwischen 2009 und 2019 von 12 auf 20 Prozent. Nun nahm er binnen eines Jahres um weitere sieben Prozentpunkte zu. 41 Prozent gaben an protestantisch zu sein, die Katholiken lagen mit 28 Prozent fast gleichauf mit den Nichtreligiösen. Die 2016 gegründeten *Northern Ireland Humanists* begrüßten die Entwicklung und hoffen nun, dass der bisher verpflichtende Religionsunterricht bald der Vergangenheit angehören wird. Erst Mitte Juni hatte der Oberste Gerichtshof Nordirlands einem nichtreligiösen Elternteil und seinem Kind erlaubt Gesetze anzufechten, die in Nordirland einen glaubensbasierten christlichen Religionsunterricht und kollektive Gottesdienste in allen Schulen vorschreiben. (*Humanistischer Pressedienst*, 5.7.21)

Italien

(5509) **Rom.** Der italienische Gesundheitsminister Speranza strebt eine Vereinbarung mit den italienischen Regionen an, um in bestimmten Fällen eine rechtliche Garantie für einen medizinisch assistierten Suizid zu schaffen. „Ich persönlich bin seit langem von der Notwendigkeit und Dringlichkeit einer gesetzgeberischen Maßnahme in dieser Angelegenheit überzeugt“, so der Politiker. Suizidbeihilfe kann in Italien derzeit noch mit bis zu zwölf Jahre Haft geahndet werden, aber das Verfassungsgericht hatte schon 2019 das Parlament zu einer Neuregelung aufgefordert, da es unter bestimmten Umständen straffrei sei, die Ausführung eines frei gebildeten Suizidvorsatzes zu erleichtern. Erzbischof Paglia, Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, reagierte darauf mit heftiger Polemik. „Es besteht die Versuchung einer neuen Form der Eugenik: Wer nicht gesund geboren wird, darf nicht geboren werden. Und damit einher geht ein neues Gesundheitskonzept, nach dem diejenigen, die geboren werden und nicht gesund sind, sterben müssen. Das ist Euthanasie. Dies ist eine gefährliche Unterstellung, die die Kultur vergiftet. In diesem Sinne ist es für die Kirche unerlässlich, alle daran zu erinnern, dass die Zerbrechlichkeit, die Schwäche, ein konstitutiver Teil der menschlichen Natur und der gesamten Schöpfung ist.“ Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen spielt hingegen in den kirchlichen Stellungnahmen keine Rolle. Hintergrund von Speranzas Initiative ist unter anderem der vielbeachtete Appell eines 43-Jährigen, der infolge eines Verkehrsunfalls seit zehn Jahren nahezu

bewegungsunfähig ist und schwer leidet. „Ich möchte in Würde sterben, bitte lassen Sie mich jetzt gehen“, schrieb der Betroffene in einem Offenen Brief an den Minister. (*Vatican News*, 17.8.21)

Österreich

(5510) **Wien.** Österreichs Bundesrat, die Vertretung der Bundesländer, hat den Karfreitag als Feiertag für alle abgelehnt. Der Antrag war von der SPÖ eingebracht worden.

Vorausgegangen war eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, dass der Karfreitag entweder für alle ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrer Religion ein freier Tag sein muss, andernfalls sei bei Arbeit am Karfreitag Feiertagsarbeitsentgelt zu zahlen, solange der Gesetzgeber nicht eine anderweitige diskriminierungsfreie Regelung treffe. Die Bundesregierung schaffte daraufhin den Tag als gesetzlichen Feiertag für Protestanten und Altkatholiken ab. Wer trotzdem frei haben will, muss dazu einen Urlaubstag opfern. Dieser Anspruch gilt unabhängig von einer Religionszugehörigkeit. (*kathpress*, 15.7.21)

(5511) **Salzburg/Graz.** Der Salzburger Dogmatik-Professor Hans-Joachim Sander und der Grazer Pastoraltheologie-Professor Rainer Bucher sehen in einem Gastbeitrag für das theologische Internetportal *feinschwarz.net* die katholische Kirche in einer existenzgefährdenden Krise.

Der Verfall ihrer Glaubwürdigkeit werde sich nicht abschwächen wegen „zwei Größen realer Bosheit“, nämlich dem Missbrauch und seiner systemischen Vertuschung.

„Das wird sie auf lange Zeit nicht loswerden.“ Die Kirche könne den Vertrauensverlust „weder aufhalten noch vermeiden, weil sie die Taten anerkennt und ebenso das Vertuschen aufklären lassen muss“. Jeder Erkenntnisschritt werde „einen weiteren Schub im Glaubwürdigkeitsverlust“ mit sich bringen. „Je glaubwürdiger sie aufklärt und aufklären lässt, desto größer der Schub. Und das hört so schnell nicht auf.“

Diese Krise komme von innen, sie gehe mit „Selbsttäuschungen“ und „Beratungsresistenz“ einher. Schon heute gehöre die Kirche „nicht mehr zu den Säulen der Glaubwürdigkeit“: „Niemand, der jetzt Bischof ist, wird im restlichen Verlauf seiner aktiven Zeit wieder eine glaubwürdige Kirche repräsentieren. Das ist keine Unglücksprophezeiung, sondern eine nüchterne Feststellung.“ Eine Lösung des Dilemmas präsentieren die Theologen nicht, aber ohne einen Abbau der kirchlichen „Menschenrechtsdefizite“ werde es keine neue Glaubwürdigkeit geben. (*Vatican News*, 7.8.221)

Polen

(5512) **Gnesen.** In Polen erschüttert der Missbrauchsskandal die Kirche besonders stark. Nun legte der zuständige Erzbischof Polak schon zum zweiten Mal nach 2019 Zahlen zum Ausmaß der sexuellen Gewalt von Geistlichen gegen Kinder und Heranwachsende vor. Allein von Juli 2018 bis Ende 2020 wurden demnach 368 Anzeigen gegen 292 Priester und Ordensleute erstattet. „Die statistischen Daten drücken nicht die ganze Tragödie des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen aus“, betonte Polak. Nicht jeder Geschädigte melde die Tat.

Dabei werden längst nicht alle belangt, die sich schuldig gemacht hatten. Der Vatikan verhängte bisher Strafen gegen fünf Bischöfe, weil sie Vorwürfen nicht nachgingen, aber gegen keine von ihnen ermittelt die Justiz. In all diesen Fällen führten polnische Bischöfe die Untersuchungen gegen ihre Mitbrüder selbst durch. Mit der Prüfung des Vorwurfs der Vertuschung gegen den Privatsekretär des heiligen Papstes Johannes

Paul II., Kardinal Stanislaw Dziwisz, beauftragte der Vatikan nun jedoch den emeritierten Erzbischof von Genua, Kardinal Bagnasco. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Gadecki, hatte bereits im November 2020 vorsorglich betont, „dass die Kirche in Polen dem Kardinal für seinen langjährigen Dienst an der Seite des heiligen Johannes Paul II. dankbar“ sei.

Polens Zivilgerichte haben inzwischen über mehrere Schmerzensgeldforderungen gegen Bistümer und Ordensgemeinschaften entschieden. So verfügten sie etwa eine Zahlung von 230.000 Euro an eine Frau, die als Kind mehrfach von einem Ordensmann vergewaltigt wurde. Zu den Zivilprozessen kommt es, weil die Kirche in Polen - anders als in anderen Ländern - bisher Schadenersatzzahlungen an Missbrauchsopfer ablehnt, die über die Übernahme von Therapiekosten hinausgehen. Sie sieht hierbei die Missbrauchstäter in der Verantwortung, nicht Bistümer und Orden. (KNA, 29.6.21)

(5513) **Vatikanstadt/Breslau.** Zwei Monate später hat der Vatikan offiziell zugegeben, dass der frühere Erzbischof Gołbiewski während seines bischöflichen Wirkens in der Diözese Kolobrzeg/Kolberg (1996-2004) und der Erzdiozese Wrocław/Breslau (2004-2013) in zahlreichen Fällen von sexuellem Missbrauch durch Priester nicht eingegriffen oder sie sogar vertuscht hat. Der Heilige Stuhl sieht indes keine Mitverantwortung bei sich aufgrund der von ihm geschaffenen innerkirchlichen Strukturen, sondern allein beim Bischof, der aber nicht der weltlichen Gerichtsbarkeit überantwortet werden soll.

Einzigste Konsequenzen für Gołbiewski: Er darf nicht an offiziellen Feierlichkeiten teilnehmen - auch nicht an weltlichen, denn da könnte er die Öffentlichkeit an das Versagen der Kirche erinnern - und er wurde aufgefordert, einen "angemessenen" Betrag aus seinem Privatvermögen als Buße zu zahlen - aber nicht etwa an die Missbrauchsopfer, sondern an die St. Josephs-Stiftung der Kirche. (Vatican News, 22.8.21)

Schweiz

(5514) **Chur.** Alters- und Pflegeheime im (eigentlich besonders katholischen) Kanton Graubünden sollen nach dem Willen der Kantonsregierung gesetzlich verpflichtet werden, die Durchführung von Sterbehilfe durch externe Organisationen in ihren Räumlichkeiten zuzulassen. Im Kanton Neuenburg verpflichtet schon seit 2014 ein Gesetz Institutionen, die öffentliche Beiträge beziehen, zur Zulassung von Suiziden mit Unterstützung von Dritten. Eine Trägerschaft kann den Zutritt zwar auch verweigern, muss dann aber mit der Streichung von Fördermitteln rechnen.

Die katholische Kirche attackierte in diesem Zusammenhang die Lobbyarbeit der Schweizer Sterbehilfe-Vereinigungen, obwohl sie selbst gar nicht betroffen ist. Denn niemand darf und wird gläubigen Religiösen das Recht verwehren Sterbehilfe abzulehnen. Die Bevölkerung scheint sich indes von kirchlichen Vorstellungen zu lösen, denn allein dem Verein *Exit* gehören inzwischen 135.000 Mitglieder an, also zwei Prozent der volljährigen Schweizer*innen. (kathpress, 6.5.21)

(5515) **Zürich.** Die *Evangelisch-Reformierte Kirche Schweiz (EKS)* brauchte mehr als ein Jahr um sich für einen Missbrauchsfall durch ihren seit 2011 amtierenden Präsidenten Locher zu entschuldigen. Der Bericht einer Untersuchungskommission machte deutlich, dass er eine Mitarbeiterin sexuell bedrängt und missbraucht hatte. Im Mai 2020 war er deshalb zurückgetreten. Laut Untersuchungsbericht musste die betroffene Frau danach wegen fehlender Transparenz und patriarchalen Strukturen in der Reformierten Kirche lange um ihr Recht kämpfen.

Nach Ansicht der Amtsnachfolgerin handle es sich aber um einen Einzelfall. Eine nationale Studie zu sexuellem Missbrauch, wie dies die Schweizer katholischen Bischöfe planen, ziehe die *EKS* derzeit nicht in Betracht. (*kath.ch*, 5.8.21)

Tschechien

(5516) **Prag.** Als erstes ehemals sozialistisches Land könnte die tschechische Republik nach den Wahlen im Oktober gleichgeschlechtliche Ehen erlauben. Selbst in der Partei ANO des Ministerpräsidenten Babis gibt es Befürworter der Homo-Ehe, in der Bevölkerung sind dies laut dreier Umfragen sogar 61 Prozent. Begründet wird dies mit dem geringen Einfluss der katholischen Kirche und dem höchsten Atheistenanteil aller europäischen Länder. (*Süddeutsche Zeitung*, 11.8.21)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

(5517) **Washington.** Das Oberste Gericht der USA hat einen Fall angenommen, der zur Aufhebung des Grundsatzurteils von 1973 zur Legalität von Schwangerschaftsabbrüchen führen könnte. Der Supreme Court will sich mit dem Abtreibungsgesetz des US-Bundesstaates Mississippi befassen, das Abtreibungen ab der 15. Schwangerschaftswoche verbietet. Das 2018 in Kraft getretene Gesetz erlaubt nur medizinisch begründete Ausnahmen. Ein Bundesrichter hatte das Gesetz zunächst gestoppt, bevor es ein Berufungsgericht wieder in Kraft setzte. Anhänger der christlich-fundamentalistischen Antiabtreibungsbewegung forderten die konservative Mehrheit im Supreme Court auf, die Chance zu nutzen, die liberale Rechtssprechung aus dem Grundsatzurteil „Roe v. Wade“ zu beseitigen. Im Kern geht es um die Frage, ob und ab wann der Staat das Recht hat, Schwangerschaftsabbrüche zu regulieren. (*kathpress*, 18.5.21; *Süddeutsche Zeitung*, 19.5.21)

(5518) **New York.** Eine repräsentative Untersuchung im Auftrag der *United Church of Christ* ergab, dass im letzten Jahrzehnt pro Jahr zwischen 3.850 und 7.700 protestantische Gotteshäuser ihre Pforten dauerhaft schließen mussten. Die Zahl der Neugründungen war demgegenüber um etwa ein Drittel geringer. Dieser durch das Coronavirus begünstigte Schrumpfungsprozess wurde auch durch das *Gallup-Institut* bestätigt: Erstmals seit seiner Erhebung der Daten zur Kirchenmitgliedschaft im Jahr 1937 fiel 2020 die Zahl der Personen, welche Mitglied einer Kirche, Synagoge oder Moschee sind, auf unter 50 Prozent der US-Bevölkerung. Bis zur Jahrtausendwende war dieser Wert relativ stabil bei 70 Prozent geblieben und dann wegen des geringeren Nachwuchses konstant gefallen. Allerdings wurde auch deutlich, dass der individuelle Glaube verbreiteter ist als die formale Kirchenmitgliedschaft. (*Religion News Service*, 26.5.21)

(5519) **Washington.** Obwohl der aktuelle Papst die Todesstrafe erst vor wenigen Jahren aus dem Katechismus der katholischen Kirche gestrichen hat, folgen die US-Katholiken dieser Linie nicht. In einer repräsentativen Umfrage des *Pew-Forschungszentrums* sprechen sich 58 Prozent der US-Katholiken für die Todesstrafe bei schwersten Delikten aus. Auch zwei Drittel der Protestanten in den USA sagen Ja zur Todesstrafe; bei weißen Evangelikalen liegt der Anteil der Befürworter sogar bei 75 Prozent. Hingegen sprechen sich zwei Drittel der Atheisten sowie 57 Prozent der Agnostiker gegen die Todesstrafe aus, doch macht deren Anteil

unter den Erwachsenen in den USA bisher weniger als 20 Prozent aus, wenn auch bei steigender Tendenz. (*pew research center*, 18.6.21)

(5520) **Dedham**. Der frühere US-Kardinal Theodore McCarrick muss sich vor dem Bezirksgericht in Dedham wegen sexuellen Missbrauchs verantworten. In den drei Anklagepunkte geht es um sexuelle Übergriffe auf einen zum Zeitpunkt der Tat 16-jährigen Jungen am Rande einer Hochzeit im Wellesley College im US-Bundesstaat Massachusetts im Jahr 1974.

Ein strafrechtliches Vorgehen gegen den inzwischen 91-Jährigen galt lange als unwahrscheinlich, weil Massachusetts eine Verjährungsfrist hat. Nur weil er zum Tatzeitpunkt in der Pfarrei der St. Patricks Kathedrale in New York City lebte, greift die Verjährung nicht. Bisher konnte sich der einstmals einflussreiche Kirchenmann strafrechtlicher Verfolgung entziehen, doch änderte sich dies, als ihm die Kirche seit 2019 keine Unterstützung mehr gewährte. Der Ex-Kardinal bestreitet immer noch, Minderjährige missbraucht zu haben. (*Boston Globe*, 29.7.21)

(5521) **Albany**. Erstmals hat ein US-Bischof unumwunden eingeräumt, dass seine Diözese über Jahrzehnte Missbrauchs-Priester geschützt hat. Der emeritierte Bischof Hubbard von Albany im US-Bundesstaat New York gab in einem Interview an, die Diözese habe bewusst geholfen, sexuellen Missbrauch von Minderjährigen zu vertuschen. Statt die beschuldigten Priester der Polizei zu melden, seien sie in Therapie geschickt worden. „Wenn in den 70er und 80er Jahren Vorwürfe wegen sexuellen Fehlverhaltens gegen einen Priester aufkamen, war es in der Diözese Albany gängige Praxis, den Priester vorübergehend aus dem Amt zu entfernen und ihn zur Beratung und Behandlung zu schicken“, erklärte der 82-Jährige. Sobald ein „zugelassener Psychologe oder Psychiater“ zu dem Schluss gelangt sei, dass der Priester ohne Rückfallgefahr zurückkehren könne, habe er auch wieder zur Verfügung gestanden. Nun bedaure er, solche voreilige Ratschläge befolgt zu haben, erklärte Hubbard.

Gegen die Diözese sind rund 300 Prozesse mutmaßlicher Opfer anhängig, die nach einer Gesetzesänderung in dem Bundesstaat bis zum 14. August Zeit hatten, Klage zu erheben. Hubbard stand von 1977 bis 2014 an der Spitze des Bistums. (*The Time Union*, 31.7.21; *KNA*, 4.8.21)

Lateinamerika

Kolumbien

(5522) **Bogota**. In Kolumbien, wo der Oberste Gerichtshof aktive Sterbehilfe für unheilbar Kranke bereits 1997 erstmals in Lateinamerika legalisiert hatte, hat nun das Verfassungsgericht über eine Ausweitung des Rechts auf Sterbehilfe entschieden. Der „Straftatbestand der Tötung aus Gnade“ treffe nicht auf Euthanasie an einem Patienten zu, der „infolge einer Körperverschädigung oder einer schweren und unheilbaren Krankheit schwere körperliche oder seelische Leiden erleidet“, hieß es im Urteilsspruch. Der Eingriff müsse von einem Arzt und mit der „freien und informierten Zustimmung“ des Patienten durchgeführt werden. Damit wird faktisch die in den meisten europäischen Staaten noch verbotene Tötung auf Verlangen legalisiert.

Prompt hat sich die katholische Kirche des Landes kritisch geäußert. Aktive Sterbehilfe stelle einen „schweren Verstoß gegen die Würde der menschlichen Person“ dar und leiste „der Zersetzung der Grundwerte der sozialen Ordnung Vorschub“, schrieb der Vorsitzende der kolumbianischen Bischofskonferenz. Es sei

geboten "einen Menschen zu bewegen, von seiner Absicht abzukommen sich das Leben zu nehmen, selbst in medizinisch hoffnungslosen Fällen". (*kathpress*, 28.7.21)

Mexiko

(5523) **Mexico-City**. Laut den Ergebnissen der jüngsten Volkszählung 2020 sind nur mehr 77,7 Prozent der 126 Millionen Mexikaner katholisch. 2010 waren es noch genau fünf Prozentpunkte mehr. 10,2 Millionen Mexikaner (8,1 Prozent) deklarierten sich als religionslos. Vor allem bei den unter 30-Jährigen steigt der Anteil der Atheisten stark an, wie der Religionssoziologe Soriano-Núñez erläuterte. In den südlichen lateinamerikanischen Staaten sei die Anziehungskraft der Pfingstkirchen stärker, während im Norden Prozesse der Säkularisierung zu dem Rückgang beitrugen. Die Gruppe der Protestanten und Evangelikalen nahm in Mexiko vergleichsweise geringfügig zu.

Die Tendenz zum prozentualen Rückgang der katholischen Bevölkerung sei schon seit den 1970er Jahren in Gang, habe sich aber zuletzt verstärkt, urteilte der Rektor der Päpstlichen Universität von Mexiko (UPM), Pater Mario Ángel Flores Ramos. Dass der Anteil der Katholiken jetzt unter 80 Prozent gefallen sei, sei „alarmierend für ein Land, das bis vor vierzig Jahren zu etwa 95 Prozent getauft war“. Erzbischof Franco Coppola sieht die Schuld eher bei der fehlenden "Glaubenserziehung" (die Religionsferne allerdings eher als Gehirnwäsche wahrnehmen): „Wir stellen jetzt mit größerer Klarheit fest, in welchem Ausmaß bei der Glaubenserziehung im vergangenen Jahrzehnt versäumt wurde, die Getauften nachhaltig zu erreichen“, meinte er bei der Eröffnung der Vollversammlung der mexikanischen Bischofskonferenz. Die versammelten Bischöfe rief der Nuntius auf, ein Versagen altbekannter Methoden der Glaubensunterweisung anzuerkennen. Die Katechese, die Familien-, Erziehungs- und Jugendseelsorge seien den Herausforderungen der modernen Gesellschaft offenbar nicht gewachsen, befand Coppola. (*kathpress*, 16.4.21)

(5524) **Mexico-City**. Nachdem das Oberste Gericht Mexikos Ende Juni das gesetzliche Verbot des Konsums von Cannabis zur Erholung und in der Freizeit als verfassungswidrig erklärt hatte, kritisierte die katholische Kirche diese Entscheidung und verlangte indirekt ein erneutes Verbot. Dabei erfolgte nicht einmal eine grundsätzliche Legalisierung der Droge, denn der Cannabis-Handel bleibt weiterhin verboten.

Die Bischofskonferenz befürchtet soziale Probleme durch die teilweise Legalisierung, ihre Kritiker verurteilen hingegen den grundsätzlichen Versuch der Kirche, die staatliche Gesetzgebung auch in Bereichen zu kontrollieren oder gar zu regeln, die nicht das Geringste mit Religion zu tun haben. (*Vatican News*, 6.7.21)

Afrika

Eritrea

(5525) **Asmara**. Die Regierung Eritreas hat beschlossen, die katholischen Schulen in das staatliche Bildungssystem einzugliedern. Damit soll der Zugang zu Bildungseinrichtungen gerechter gestaltet und eine einseitige Ideologisierung durch kirchliche Schulen verhindert werden. Kurz zuvor waren auch katholische Kliniken verstaatlicht worden.

Die Bischöfe des nordostafrikanischen Landes protestierten gegen diese Maßnahmen und behaupteten, die Dienste, die die katholische Kirche anbiete, seien

„nicht als Konkurrenz für das gedacht, was der Staat in den gleichen Bereichen tut“, sondern wollten der Bevölkerung lediglich „ein größeres Angebot zur Verfügung stellen“. Andererseits bestreiten die Oberhirten nicht, dass das Hauptanliegen der Kirchen die Verbreitung ihres Glaubens und die Weiterbildung ihrer eigenen Anhänger ist. (*Vatican News*, 22.6.21)

Ghana

(5526) **Accra**. Die Regierung von Ghana möchte, dass jeder Bürger mit sechs Dollar im Monat zum Bau einer nationalen, interkonfessionellen Kirche beiträgt. Dies trifft in der Bevölkerung aus unterschiedlichen Gründen auf Kritik. Zum einen wird moniert, dass sechs Dollar für Reiche nicht viel ist, bei armen Familie aber die Lebensgrundlage zerstören kann. Laizisten stören sich daran, dass sich der Staat überhaupt in religiöse Angelegenheiten einmischt, zumal es genug andere Aufgaben gäbe, um die er sich kümmern sollte. Selbst katholische Bischöfe äußerten Kritik, wenn auch aus ganz anderen Gründen. „Man kann nicht einfach von den Christen im Land erwarten, dass sie mit ihrem Geld den neuen Kultort finanzieren“, erklärte Erzbischof Philip Naameh von Tamale. Er fordert eine „diversifizierte Finanzierung des Projekts“ und setzt auch auf staatliche Zuschüsse.

Die interkonfessionelle Kirche soll 5.000 Sitzplätze haben und 2024 fertig sein. Der Bau soll sich direkt neben dem Parlament im Herzen der Hauptstadt Accra erheben. Das Projekt entstand 2017, bei den 60-Jahr-Feiern der Unabhängigkeit Ghanas. Seit 2018 werden Spenden für den Bau gesammelt. (*Vatican News*, 7.8.21)

Asien

Indien

(5527) **Thiruvananthapuram**. Das Oberste Gericht im südindischen Bundesstaat Kerala hat Anklage gegen Kardinal Alencherry wegen dubioser Grundstücksgeschäfte erhoben. Bereits 2017 hatte eine Gruppe von Priestern der Erzdiözese Ernakulam-Angamaly den Kardinal öffentlich beschuldigt, über einen Zeitraum von zwei Jahren mehrere Grundstücke mit hohen Verlusten verkauft zu haben. Die Priester bezifferten den Schaden auf rund zehn Millionen US-Dollar. Der Kardinal wies die Vorwürfe zunächst zurück, gestand jedoch 2019 vor der Synode der Kirche Verwaltungsfehler sowie eine Verletzung seiner Aufsichtspflicht ein. Der Kirche von Kerala ist das öffentliche Aufsehen jedoch gar nicht recht; sie will das Verfahren nun mit allen Mitteln verhindern und meint sinngemäß, es handle sich um eine kircheninterne Angelegenheit. Nach allgemeinen internationalen Rechtsstandards wird Untreue gegenüber dem Arbeitgeber allerdings stets als öffentliche Straftat vor Gericht verhandelt. (*kathpress*, 14.8.21)

Israel

(5528) **Tel Aviv**. Der Olympiasieg des Turners Artem Dolgopyat hat ein altes Problem des jüdischen Staates ins öffentliche Bewusstsein gerückt: Er darf in Israel nicht heiraten gemäß der Halacha, dem jüdischen Religionsgesetz, weil seine Mutter keine Jüdin ist, nur der Vater. Nun wird der Ruf nach Einführung der Zivilehe wieder laut. Derartige Fälle gibt es mehrere Zehntausend, meist Einwandererfamilien aus der früheren Sowjetunion. Die Eheschließung ist in Israel ausschließlich eine religiöse Angelegenheit; zuständig ist nicht der Staat, sondern das Oberrabbinat. Und vor dem Rabbi darf nur heiraten, wer nachweislich jüdisch ist.

Viele säkulare Juden gehen dafür ins Ausland, vor allem in das nur eine Flugstunde entfernte Zypern. Die dort geschlossenen Ehen kann man zwar nachher in Israel anerkennen lassen. Aber die Forderung nach Einführung einer Zivilehe gibt es vor allem aus dem linken und säkularen Lager schon seit Jahrzehnten. Auf politischer Ebene zu verhindern gewusst haben das bislang immer die religiösen Parteien, die in fast allen Koalitionen als Zünglein an der Waage saßen. Nun aber sind sie nicht mehr in der Regierung vertreten, sodass die alte Debatte neue Fahrt aufnimmt. So meinte Außenminister Lapid von der liberalen Zukunftspartei: "Es ist nicht zu tolerieren, dass jemand für uns bei den Olympischen Spielen antritt und eine Goldmedaille gewinnt, aber nicht in Israel heiraten kann". Transportministerin Merav Michaeli von der linken Arbeitspartei pflichtete ihm bei und erklärte: "Es ist an der Zeit, das Monopol auf Hochzeiten zu brechen." (*Süddeutsche Zeitung*, 3.8.21)

Ozeanien

Australien

(5529) **Brisbane.** Nach den Bundesstaaten Südaustralien, Victoria, Tasmanien und dem Stadtstaat Canberra verpflichtet nun auch Queensland Priester per Gesetz zur Anzeige von Sexualdelikten an Kindern, von denen sie in der Beichte erfahren haben. Parlament und Regierung folgten mit dem Gesetz einer Empfehlung der staatlichen Missbrauchskommission, teilte das Nachrichtenportal der Australischen Bischofskonferenz „CathNews“ mit. Priestern, die sich weigern das Gesetz zu beachten und lieber die Täter aus religiösen Gründen schützen, drohen mehrjährige Gefängnisstrafen. (*Cathnews*, 7.7.21)